

EU öffnet die Türen für KMU: Bürokratie auf ein Minimum reduziert!

EU-Kommission präsentiert neues Omnibus-Paket für KMU, um Bürokratie abzubauen und Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.



Brüssel, Belgien - Die EU-Kommission hat am 21. Mai 2025 ein neues Omnibus-Paket vorgestellt, das sich an kleine und mittlere Unternehmen (KMU) richtet. Wie **Krone** berichtet, ist das primäre Ziel dieser Initiative, Europa wettbewerbsfähiger zu machen. Dies soll durch den Abbau von Gesetzen und Vorschriften geschehen. Unternehmen können von einer jährlichen Einsparung von 400 Millionen Euro an Verwaltungskosten profitieren. Zu den Neuerungen gehört die Einführung einer neuen Kategorie für KMU: Die sogenannten small mid-caps (SMC) umfassen Unternehmen mit weniger als 750 Beschäftigten und einem Umsatz von bis zu 150 Millionen Euro. Rund 38.000 europäische Unternehmen sollen von den neuen Regelungen erwarten profitieren.

Die neuen Regelungen zielen darauf ab, die Einhaltung von Vorschriften zu erleichtern und Ressourcen für das Wachstum im Binnenmarkt freizusetzen. Vorgeschlagene Ausnahmen im Rahmen der Datenschutz-Grundverordnung (GDPR) und bei den Prospektvorschriften für Börsengänge sind ebenfalls Teil des Plans. Unter der Leitung von Ursula von der Leyen hat die Kommission das ehrgeizige Ziel, Bürokratie für Unternehmen um 25 % und die Meldepflichten für KMU um 35 % zu reduzieren. Diese Reformen sollen einen spürbaren Unterschied im Unternehmensalltag bewirken.

Kritik und Bedenken

Während Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer (ÖVP) die Initiative begrüßt, fordert er ein schnelles Handeln. Dagegen äußern SPÖ und Grüne Skepsis. SPÖ-EU-Abgeordnete Evelyn Regner hebt hervor, dass Unternehmen mit 750 Beschäftigten nicht mit kleinen Familienbetrieben vergleichbar sind und warnt vor möglichen Nachteilen für kleinere Akteure. Grüne EU-Abgeordnete Lena Schilling mahnt zudem, dass bei der Deregulierung der Datenschutz und Umweltstandards in Gefahr geraten könnten.

Zusätzlich hat die oberste Regulierungsbehörde der EU seit Jahresbeginn damit begonnen, bestehende Regulierungen zu überarbeiten. **Süddeutsche** berichtet, dass Regelungen abgeschafft werden sollen, die zuvor als vorteilhaft galten, darunter auch das Europäische Lieferkettengesetz und die Pflicht zur Nachhaltigkeitsberichterstattung. Die Kommission verfolgt mit diesen Veränderungen das Ziel, die europäische Wirtschaft von Berichtspflichten zu entlasten und die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

Der Weg nach vorne

Die EU-Kommission plant eine „beispiellose Vereinfachung“ bestehender Gesetze und hat angekündigt, mehrere Omnibus-Pakete zu präsentieren, in denen mehrere Gesetze gleichzeitig

geändert werden sollen. **Süddeutsche** berichtet, dass das Arbeitsprogramm für 2025 darauf abzielt, bürokratische Hürden abzubauen und die Bedingungen für kleine und mittlere Unternehmen zu verbessern. So könnten unter anderem bei den Pflichten zur Nachhaltigkeitsberichterstattung Erleichterungen eintreten und potenziell 80 Prozent der betroffenen Unternehmen von den Kosten des Klimazolls CBAM befreit werden.

Diese Veränderungen sind jedoch nicht frei von Kontroversen. Während einerseits die Wirtschaft diese Deregulierung begrüßt, äußern Kritiker Bedenken über die potenziellen Rückschritte bei den bestehenden Ansprüchen an Arbeitnehmerrechte und Klimaneutralität. Die neuen Regelungen müssen nun noch vom EU-Parlament und den EU-Staaten verhandelt und genehmigt werden, bevor sie in Kraft treten können.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Brüssel, Belgien
Quellen	• www.krone.at • www.sueddeutsche.de • www.sueddeutsche.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at